

Zusammenstellung

Budget	Verbesserung T€	Verschlechterung T€
Personalkosten insgesamt	76	
01 Zentrale Verwaltung	368	
32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung		
36 Straßenverkehr	68	
40 Schulen und Bildung		
41 Kultur und Medien	7	
50 Arbeit und Soziales		2.897
51 Familie und Jugend		
53 Gesundheit und Verbraucherschutz		5
60 Bauen		130
62 Vermessung und Kataster	150	
69 Natur und Umwelt		
Insgesamt:	669	3.032
		-2.363

Aus der Zusammenstellung der Verbesserungen und Verschlechterungen in den einzelnen Budgets ist erkennbar, dass das ausgewiesene Defizit im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2006 in Höhe von 24,5 Mio € voraussichtlich um **rd. 2,4 Mio €** höher ausfallen wird, als bisher geplant. Insgesamt ist damit mit einem Defizit von **rd. 26,9 Mio €** im Jahresergebnis zu rechnen.

o

Personalkosten insgesamt:

Für das Haushaltsjahr 2006 liegt der errechnete Mittelbedarf für die Personalkosten bei 45.500.000 €

Derzeit lässt sich mit voraussichtlich geringfügigen Einsparungen bis zum Jahresende in Höhe von 76.000 € ein positiver Trend in der Entwicklung der Personalkosten erkennen.

Einsparungen konnten bislang insbesondere bei den Entgelten und Besoldungen durch zeitverzögerte Nachbesetzungen von freiwerdenden Stellen erzielt werden. Weitere Minderausgaben ergeben sich bei der Beamtenversorgung.

Diesen Einsparungen stehen zum einen höhere Sozialabgaben durch gestiegene Krankenkassenbeitragsätze und der Verpflichtung des Kreises Unna zur Zahlung der „U2-Umlage“ (Ausgleichsverfahren für Mutterschaftsleistungen) gegenüber. Zum anderen müssen deutliche Mehrausgaben bei den Beihilfen prognostiziert werden. Eine konkrete Kalkulation der Beihilfeausgaben ist jedoch kaum möglich, da diese starken monatlichen Schwankungen unterliegen. Bei der Prognose für die zweite Jahreshälfte wurde der Mittelwert aus den ersten sechs Monaten zu Grunde gelegt.

Budget : 01 Zentrale Verwaltung

VERWALTUNGSHAUSHALT

Produktgruppen + Einnahmen und Ausgaben auf Budgetebene	erfolgt plan- mäßig	Saldo		
		Erl.	Verbesserung T€	Verschlechterung T€
1	2	3	4	5
Sonderbudget Allg. Deckungsmittel		E 1	224	
00 Budgetebene	X			
01 Steuerungsdienst	X			
02 Kreistagsbüro	X			
03 Kreiskasse	X			
04 Presse und Kommunikation	X			
05 Zentrale Datenverarbeitung		E 2	40	
06 Einkauf und Logistik	X			
07 Gebäude- und Liegenschaftsverwaltung	X			
08 Personal	X			
09 Rechnungsprüfungsangelegenheiten	X			
10 Kreispolizeibehörde		E 3	54	
11 Planungskoordination		E 4	50	
12 Rechtsangelegenheiten	X			
Summen			368	0

E 1	7223.2100 (E)	Ausschüttung VBU	+ 250.000
Euro	7223.6410 (A)	Kapitalertragssteuer VBU	- 26.000
Euro			

Die VBU schüttet auf ihren höheren Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2005 einen Betrag in Höhe von rd. 2,95 Mio. Euro aus. Darin enthalten ist der im Vermögenshaushalt veranschlagte Betrag von 201 T€ „Rückflüsse aus der Kapitalrücklage MVA Hamm“. Insgesamt liegt die Ausschüttung damit um rund 250 T€ höher als geplant. Unter Berücksichtigung der steuerlichen Seite ergibt sich für den Kreis Unna im Verwaltungshaushalt damit ein erhöhter Betrag in Höhe von rd. 224 T€.

E 2	0600.1300 (E)	Kostenerstattung f. DV-Leistungen	+ 40.000
Euro			

Die zentrale Datenverarbeitung wurde von der Koordinierungsstelle Integration für das Projekt „KOMM-IN Kreis Unna“ mit der Entwicklung einer Software zum Aufbau und Pflege einer mehrsprachigen und anwenderfreundlichen Datenbank betraut. Aus dieser Tätigkeit werden im laufenden Jahr Mehreinnahmen aus einer Landeszuweisung in Höhe von 40.000 € erwartet.

E 3	1100.1005 (E)	Verwaltungsgebühren Transportbegleitung	+ 24.000
Euro			

Die Anzahl der Transportbegleitungen lag im I. Quartal weit über den Erwartungen. Aufgrund dessen kann im laufenden Haushaltsjahr mit einer Mehreinnahme in Höhe von 24.000 Euro gerechnet werden.

E 3	1100.1006 (E)	Verwaltungsgebühren Fehlalarme	+ 30.000
Euro			

Es werden weiterhin „Altfälle“ aufgearbeitet. Zuzüglich der aktuellen Fehlalarme kann in 2006 insgesamt eine Mehreinnahme in Höhe von 30.000 Euro prognostiziert werden.

E 4	8200.7150 (A)	Verlustabdeckung VKU Kreisanteil	
	8200.1620 (E)	Aufwendungsersatz f. Verlustab-	
		deckung VKU	
+ 50.000 Euro			

Was den Kreisanteil bzgl. Schülerlinienverkehr betrifft, kann noch keine genaue Aussage getroffen werden, da erst zum Ende 2006 eine Spitzabrechnung erfolgt. Die bisher geleisteten Zahlungen (342.990 €) sind vom Ansatz (3.291.343 €, davon Schülerlinienverkehr 400.000 €) gedeckt. Der im Ansatz enthaltene Betrag für die Verlustabdeckung aus der Übertragung der Regionalverkehre der RVM auf die VKU (143.000 €) wird um 31.350 € überschritten. Zu dem ebenfalls enthaltenen Betrag aus der Übertragung der MVG-Verkehre (140.000 €) kann noch keine Aussage getroffen werden, da eine Abrechnung noch nicht erfolgt ist.

Als Verlustabdeckung ergibt sich ein Betrag von 5.277.212 €, der 49.631 € unter dem geplanten Betrag (5.326.843 €) liegt. Allerdings sinken die Einnahmen beim Aufwendungsersatz durch die anderen Gesellschafter von kalkulierten 2.718.500 € um 24.816 € auf 2.693.684 €, so dass sich insgesamt für den Kreis eine Verbesserung in Höhe von rd. 50.000 € ergibt.

Vermögenshaushalt:

Mit Vertrag vom 15.12.1998 hat der Kreis Unna von der Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet mbH (AGR) die Verantwortung für die Zentraldeponie Fröndenberg-Ostbüren (Abschluss und Rekultivierung) zum 01.01.2016 übernommen. Die AGR hat die für diesen Zweck gebildete Rücklage in Höhe von 6.537.889 € dem Kreis Unna zur Verfügung gestellt. Hierin war eine Umsatzsteuererstattung in Höhe von 194.291 € enthalten.

Gemäß Ziff. 4.4 des Vertrages hat der Kreis Unna an die AGR die erhaltenen 194.291 € zzgl. Zinsen zu zahlen, wenn die Finanzverwaltung die Erstattung der Umsatzsteuer ablehnt. Im Rahmen der Betriebsprüfung hat das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung Bergisches Land in Solingen den Vorsteuerabzug versagt und fordert den Betrag von der AGR zurück.

Auf den Kreis Unna kommen somit im laufenden Haushaltsjahr außerplanmäßige Ausgaben in der genannten Höhe von 194.291 € zzgl. Zinsen zu. Diese Ausgaben werden durch eine Entnahme aus der Sonderrücklage „Nachsorge Deponie Fröndenberg-Ostbüren“ bestritten. Der Vorgang kann also haushaltsneutral abgewickelt werden.

Budget: 32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung

VERWALTUNGSHAUSHALT

Produktgruppen + Einnahmen und Ausgaben auf Budgetebene	erfolgt plan- mäßig	Saldo		
		Erl.	Verbesserung	Verschlechterung
			T€	T€
1	2	3	4	5
00 Fachbereichsebene	X			
01 Ordnungsangelegenheiten	X			
02 Ausländer- und Personenstandswesen	X			
03 Bevölkerungsschutz	X			
Summen			0	0

Budget: 36 Straßenverkehr

VERWALTUNGSHAUSHALT

Produktgruppen + Einnahmen und Ausgaben auf Budgetebene	erfolgt plan- mäßig	Saldo		
		Erl.	Verbesserung	Verschlechterung
1	2	3	T€ 4	T€ 5
00 Fachbereichsebene	X			
01 Führerscheinstelle und gewerblicher Kraftverkehr		E 1	20	
02 Zulassungsstelle		E 2/3	48	
03 Bußgeldstelle und Verkehrssicherung	X			
Summen			68	0

E 1 1130.1000 (E) Verwaltungsgebühren + 20.000 Euro

Aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher Geschäftsvorfälle in Führerscheinangelegenheiten und Angelegenheiten des gewerblichen Kraftverkehrs, die mit unterschiedlichen Gebührenstaffelungen versehen sind, ist eine absolut sichere Prognose des zu erwartenden Rechnungsergebnisses kaum möglich. Darüber hinaus wird das Rechnungsergebnis von nicht verlässlich zu berechnenden Abgängen aus alten Kasseneinnahmeresten negativ beeinflusst (hochgerechnet voraussichtlich ca. 25.000 € in 2006). Gewisse Schwankungsbreiten sind daher kaum zu vermeiden. Eine 100%ige Übereinstimmung der Ansatzplanung mit dem Rechnungsergebnis wäre ein „Zufallstreffer“. Nach derzeitigem Erkenntnisstand können Einnahmeverluste aus aktuell rückgängigen Fallzahlen im Bereich Führerscheinwesen durch zusätzliche Gebühreneinnahmen (EU-Fahrerkarte, Führerschein ab 17) kompensiert werden.

E 2 1140.1610 (E) Belastungsausgleich + 8.000 Euro
Kfz-Steuer-Erhebung

Die Zulassungsbehörden in NRW sind seit dem 01.11.2005 in die Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer einbezogen. Die Zulassungsbehörden der Kreise und kreisfreien Städte erhalten für den dadurch entstehenden Arbeitsmehraufwand zunächst für einen dreijährigen Beobachtungszeitraum einen finanziellen Ausgleich vom Land. Die Belastungsausgleichszahlungen, die auf den Arbeitsmehraufwand für den Zeitraum November bis Dezember 2005 ausgerichtet sind, sind erstmalig in 2006 zu erwarten. Da zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltes 2006 noch keine konkreten Erkenntnisse über die zu erwartenden Ausgleichszahlungen vorlagen, ist bei der Ansatzplanung ein „Erinnerungsposten“ in Höhe von 1.000 € aufgenommen worden. Nach den Ende Juni d.J. vom Finanzministerium den kommunalen Spitzenverbänden mitgeteilten Berechnungsgrundlagen kann in 2006 der Kreis Unna mit einem Belastungsausgleich in Höhe von ca. 9.000 € rechnen.

E 3 1140.6581 (A) Bußgelder + 40.000 Euro

Aufgrund einer mit anderen Zulassungsbehörden vorgenommenen gemeinsamen Ausschreibung konnten deutliche Preisvorteile bei den zu beschaffenden Zulassungsbescheinigungen Teil I (Fahrzeugscheine), Plaketten und Siegeln erzielt werden.

Budget: 40 Schulen und Bildung

VERWALTUNGSHAUSHALT

Produktgruppen + Einnahmen und Ausgaben auf Budgetebene	erfolgt plan- mäßig	Saldo		
		Erl.	Verbesserung	Verschlechterung
			T€	T€
1	2	3	4	5
00 Fachbereichsebene	X			
01 Berufskollegs	X			
02 Förderschulen	X			
03 Schulaufsicht	X			
Summen			0	0

Budget: 41 Kultur und Medien

VERWALTUNGSHAUSHALT

Produktgruppen + Einnahmen und Ausgaben auf Budgetebene	erfolgt plan- mäßig	Saldo		
		Erl.	Verbesserung	Verschlechterung
			T€	T€
1	2	3	4	5
00 Fachbereichsebene	X			
01 Kultur		1; 2	15	8
02 Medien	X			
Summen			15	8

E 1 3210.1300 (E) Verkaufserlöse Plakate, Kataloge + 15.000 Euro

Aus dem Katalogverkauf werden für das Jahr 2006 Mehreinnahmen von ca. 15.000 € erwartet.

E 2 7600.1100 (E) Nutzungsentgelte Haus Opherdicke - 8.000 Euro

Bei den Nutzungsentgelten des Hauses Opherdicke wird es nach dem heutigen Stand der Vermietungen voraussichtlich zu Mindereinnahmen in Höhe von 8.000 € kommen

Budget: 50 Arbeit und Soziales

VERWALTUNGSHAUSHALT

Produktgruppen + Einnahmen und Ausgaben auf Budgetebene	erfolgt plan- mäßig	Saldo		
		Erl.	Verbesserung	Verschlechterung
			T€	T€
1	2	3	4	5
00 Fachbereichsebene ohne SGB II	X			
Fachbereichsebene ARGE Kreis Unna SGB II		E 1		1.685
01 Soziale Sicherung		E 2		1.870
02 Hilfe bei Behinderung und Pflegebedürftigkeit		E 3	602	
03 Integrationsfördernde Maßnahmen (RAA)	X			
04 Wohnungswesen		E 4	56	
Summen			658	3.555

**E 1 Produktgruppe 50.00 Fachbereichsebene
- „Arbeitsgemeinschaft Kreis Unna SGB II – ARGE“**

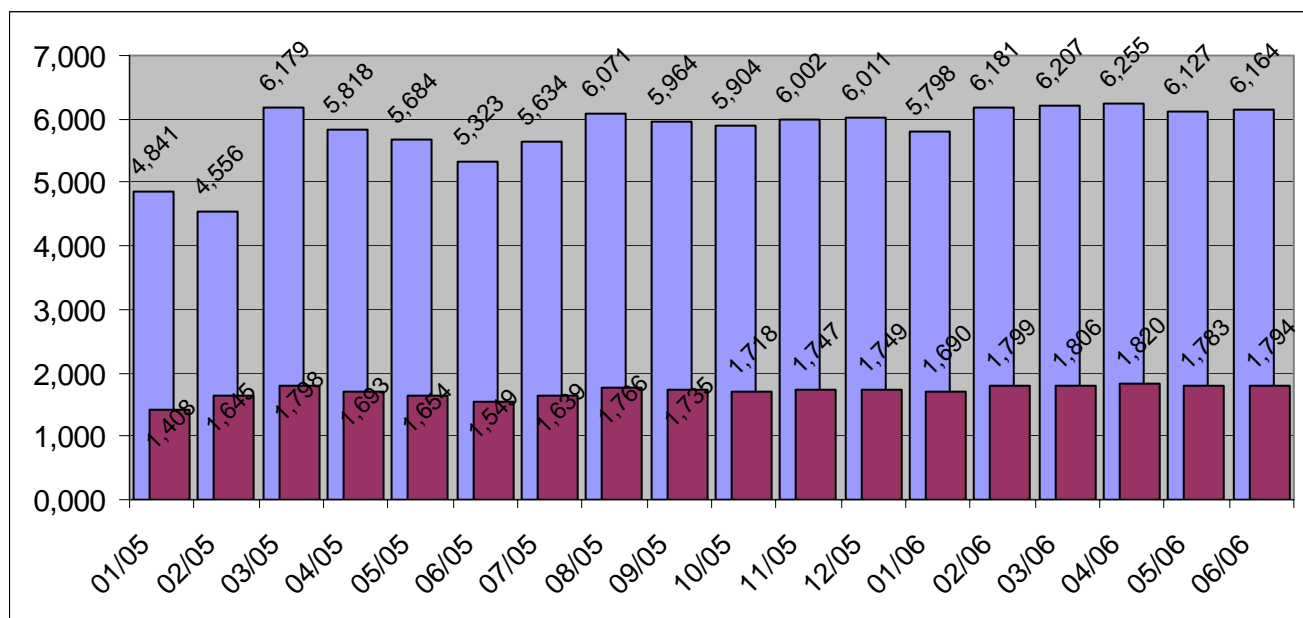
Im laufenden Jahr wurden seitens der Bundesagentur für Arbeit mit dem Kreis Unna bislang Kosten der Unterkunft sowie sonstige einmalige Leistungen für den Zeitraum vom 15.12.2005 bis zum 15.06.2006 abgerechnet.

• **Kosten der Unterkunft**

Entsprechend der abgerechneten Periode lässt sich für die Kosten der Unterkunft ein Ausgabenbedarf im laufenden Haushaltsjahr in Höhe von insgesamt 74,3 Mio. € prognostizieren. Eingeplant waren für 2006 Ausgaben in Höhe von 74,0 Mio. €. Somit würde sich bis zum Jahresende hier ein Defizit von ca. **270 T €** ergeben.

Die sich im Bereich der Kosten der Unterkunft ergebende Bundesbeteiligung an den Kosten würde mit 29,1 % eine Einnahme i. H. v. 21,5 Mio. € zur Folge haben. Diesem Betrag steht eine geplante Einnahme von 22,5 Mio. € gegenüber. Somit ergibt sich auch hier eine Verschlechterung in Höhe von **1,0 Mio. Euro**.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Ausgabenentwicklung der Kosten der Unterkunft einschließlich der Bundesbeteiligung seit Januar 2005.



- **Einmalige Leistungen an Arbeitssuchende**

Die Ausgaben für Erstausrüstung der Wohnung, Erstausrüstung mit Bekleidung oder Klassenfahrten werden die bei der Aufstellung des Haushaltes 2006 zugrunde gelegten Ausgabenbedarfe übersteigen. Bis zum Jahresende ist bei vorsichtiger Schätzung in diesem Bereich mit Mehraufwendungen von **ca. 600 T €** zu rechnen.

Im Bereich der Personal- und Sachkostenerstattungen für in die ARGE eingebrachtes Personal wird es aufgrund von zusätzlichen Stelleneinrichtungen gegenüber den Haushaltsplanungen zu einer Mehrreinnahme in Höhe von **ca. 60 T €** kommen.

Veränderte Rahmenbedingungen bei den Personal- und Sachkostenerstattungen gegenüber den kreisangehörigen Städten und Gemeinden werden dazu führen, dass die 15%ige Kostenbeteiligung des Kreises aufgrund der Sachbearbeitung der Kosten der Unterkunft und der einmaliger Beihilfen um rund **100 T €** geringer ausfallen wird als ursprünglich geplant.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass aufgrund des momentan vorliegenden Datenmaterials mit einer Überschreitung der Haushaltsansätze bei den SGB II-Leistungen im Laufe des Jahres 2006 von insgesamt **rund 1,7 Mio. Euro** gerechnet werden muss.

Wie bereits im letzten Budgetbericht angedeutet wird bei der ARGE Kreis Unna derzeit versucht, den stetig steigenden Kosten in diesem Bereich durch verschiedenste Maßnahmen entgegen zu wirken. Ein aktueller Sachstandsbericht ist der Anlage zu diesem Budgetbericht zu entnehmen.

E 2 Produktgruppe 50.01 Soziale Sicherung

- **Hilfe zum Lebensunterhalt**

Im Haushalt 2006 wurden für diesen Bereich

Einnahmen in Höhe von insgesamt	470,0 T€
und Ausgaben in Höhe von insgesamt	3.040,0 T€

veranschlagt.

Die bislang abgerechneten Ausgaben bis einschl. Mai 2006 betragen 1.537 T€, was bei gleichbleibendem Verlauf auf ein Jahresergebnis von rd. 3.290 T€ schließen lässt. Gleichzeitig wird mit Einnahmen in Höhe von 1.310 T€ gerechnet; rd. 840 T€ über den veranschlagten Mitteln. Die Mehreinnahmen sind sicherlich noch auf abzurechnende Fälle der früheren Sozialhilfe zurück zu führen.

Es kann momentan davon ausgegangen werden, dass im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII eine positive Entwicklung in Höhe von rd. 590 T€ eintreten wird.

Zu bedenken ist, dass mit Inkrafttreten des SGB II die Zahl der Sozialhilfeempfänger deutlich zurückgegangen ist.

Aufgrund der nur noch geringen Anzahl von Sozialhilfeempfängern und die Abdeckung einmaliger Leistungen seit 2005 über einen höheren Regelsatz sind vor allem geringere Ausgaben bei den einmaligen Bedarfen festzustellen (-191 T€).

Obwohl die Kostenerstattung zwischen Sozialhilfeträgern bei Umzug inzwischen abgeschafft und daher mit nur noch geringen Einnahmen und Ausgaben bei den HHSt. 4100.1621 u. 6720 gerechnet wurde, gestaltet sich die Abwicklung der Altfälle zeitintensiver als zunächst angenommen (Einnahme + 400 T€, Ausgaben + 550 T€).

Die beiden vorstehenden Feststellungen fanden bei der Ermittlung des Gesamtergebnisses der Hilfe zum Lebensunterhalt Berücksichtigung.

- **Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen**

Die Gesetzesänderung im vergangenen Jahr, nach der Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Hilfe zur Pflege bei Hilfen in Einrichtungen voneinander getrennt werden, konnte aus programmtechnischen Gründen erst im vierten Quartal des Jahres kassenwirksam umgesetzt werden. Die Hilfen wurden im vergangenen Jahr zunächst weiter aus der HHSt „Hilfe zur Pflege in Einrichtungen“ ausgezahlt. Eine genaue Planung des Bedarfs gestaltete sich daher im letzten Jahr schwierig. Die Ausgaben werden im laufenden Jahr den Planansatz um ca. **500 T Euro** überschreiten.

- **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**

Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung kann die im 1. Budgetbereich abgegebene Prognose, dass die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel zur Bestreitung der erforderlichen Aufwendungen ausreichen könnten, nicht wiederholt werden.

Im Haushalt 2006 wurden für diesen Bereich
Einnahmen in Höhe von insgesamt 275 T€
und Ausgaben in Höhe von insgesamt 12.980 T€
veranschlagt.
Veranschlagte Nettoaufwendungen somit 12.705 T€

Die tatsächlichen Nettoaufwendungen bis Mai 2006, die von den ka. Städten und Gemeinden gemeldet wurden, belaufen sich auf 5.392 T€

Nach vorläufigen Schätzungen wird das Jahresergebnis netto bei rd. 13,0 Mio. € liegen und die veranschlagten Mittel somit um **rd. 300 T Euro** überschreiten.

Die Fallzahlen bei der Grundsicherung haben seit Inkrafttreten des SGB II zugenommen. Bei der Überleitung der HzL-Fälle ins SGB II wurde bei vielen Fällen Arbeitsunfähigkeit festgestellt mit der Konsequenz, dass diese Fälle der Grundsicherung zugeschrieben werden mussten.

- **Eingliederungshilfe für Behinderte**

Für Heilpädagogische Maßnahmen für Kinder werden im laufenden Haushaltsjahr voraussichtlich 2,3 Mio. € aufzuwenden sein. Der Planansatz wird somit um ca. **110 T Euro** überschritten werden. Die Mehrausgaben sind auf steigende Fallzahlen zurückzuführen. Trotz der zurückgehenden Geburtenrate ist ein Anstieg der Fallzahlen, ggf. durch Auswirkungen einer umfassenderen pränatalen Versorgung, festzustellen.

- **Leistungen im Krankheitsfall**

Im Bereich der Hilfen zur Gesundheit nach SGB XII wird der mit 1,5 Mio. Euro geplante Ansatz nach jetzigem Stand um ca. **1,2 Mio. Euro** überschritten werden. Der ermittelten Kostenentwicklung liegen u. a. die Abrechnungen der Krankenkosten mit der AOK für das I. u. II. Quartal 2005 zugrunde.

Hier wurden bereits allein Kosten von ca. 700.000 € in Rechnung gestellt. Insgesamt sind für diese Hilfeart bereits ca. 1.430.000 € verausgabt worden.

Ebenfalls wird es hier bei den Delegationsleistungen zu überplanmäßigen Ausgaben kommen. Bis einschließlich Mai 2006 wurden von den kreisangehörigen Gemeinden bei der Abrechnung der Delegationsleistungen bereits Kosten der Hilfen zur Gesundheit in Höhe von ca. 75.000 € aufgeführt, sodass bereits jetzt der HH-Ansatz in Höhe von 60.000 Euro zur Kostendeckung nicht ausreicht. Insgesamt wird es voraussichtlich zu Mehrausgaben von ca. **110.000 T Euro** kommen.

- **Erstattungen der Aufwendungen für Ausländer**

Für Aussiedler, Spätaussiedler und Zuwanderer, die in Übergangsheimen der kreisangehörigen Kommunen leben, erstattet das Land NRW ¼-jährlich durch Pauschalen die Kosten der erbrachten Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII. Da die Anzahl der Personen, die dem o.a. Personenkreis angehören, wesentlich zurückgegangen ist, reduziert sich die Kostenerstattung entsprechend. Der Planansatz von 160 T Euro wird um ca. **100 T Euro** verfehlt werden.

- **Aufwendungen der Kriegsofopferfürsorge**

Die Aufwendungen des UA 4400 – Leistungen der Kriegsofopferfürsorge – sind insgesamt rückläufig. Insofern ergibt sich eine geringere Kostenbeteiligung durch den Bund. Nach derzeitigem Stand wird die Einnahme vom Bund **ca. 140 T Euro** geringer ausfallen als erwartet.

E 3 Produktgruppe 50.02 Hilfen bei Behinderung u. Pflegebedürftigkeit

- **Stationäre Hilfe zur Pflege**

Bewohnerorientierter Aufwendungszuschuss für Investitionskosten vollstationärer Pflegeeinrichtungen

Die Anzahl der Fälle hat sich in den letzten Monaten erhöht. Im Bereich der Personen, die lediglich Pflegegeld als sogen. Selbstzahler erhalten, hat sich die Anzahl der Fälle, die ein geringes anteiliges Pflegegeld erhalten, erheblich reduziert. Hinzu kommt, dass sich im letzten Quartal des vergangenen Jahres bei einigen Pflegeheimen die Pflegesätze erhöht haben. Aufgrund der dann teilweise noch anzufordernden Unterlagen bei den sogen. Pflegegeldselbstzahlern konnten Umrechnungen erst in diesem Jahr erfolgen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass Pflegeheime neu eröffnet oder umgebaut worden sind, was zur Folge hat, dass die investiven Kosten in diesen Einrichtungen hoch sind. Dies betrifft nicht nur den Kreis Unna (Haus Volckermann), sondern auch angrenzende Kommunen (beispielsweise Dortmund, AWO Seniorenzentrum Rodenberg). Bei Fällen, die in diesen Einrichtungen untergebracht sind, fallen demnach auch hohe Pflegegeldzahlungen an. Alle diese Gegebenheiten führen zu voraussichtlichen Mehrausgaben in 2006 in Höhe von **657 T Euro**.

Hilfe zur Pflege in Einrichtungen

Da die Gesetzesänderung im vergangenen Jahr mit der Trennung der Leistungen für Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe zur Pflege aus programmtechnischen Gründen erst im letzten Quartal kas-senwirksam berücksichtigt werden konnte, wurde die Planung verfälscht. Zum Teil handelt es sich hier letztlich um Mittel, die bei der HzL (HHSt 4100.7400) berücksichtigt werden müssen.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass im ersten Quartal teilweise nicht unerhebliche Rückflüsse aus den Jahresabrechnungen der Heimkosten erfolgten. Insoweit ist das erste Quartal nicht als typisch für die Entwicklung im Jahresverlauf zu sehen. Ferner ist zu beachten, dass eine Pflegeeinrichtung (Haus Volkmann, SeP) ihre Platzzahl ab Mai diesen Jahres um 40 vollstationäre und 10 Kurzzeitpflegeplätze erhöht, so dass auch mit höheren Ausgaben zu rechnen ist. Eine weitere neue Pflegeeinrichtung (Seniorenresidenz Osterfeld) mit 49 Pflegeplätzen wird wahrscheinlich im Herbst den Betrieb aufnehmen. Insgesamt führt die Haushaltssituation derzeit zu einer prognostizierbaren Verbesserung in Höhe von **933 T Euro**.

Leistungen der Grundsicherung an natürliche Personen in Einrichtungen

In diesem Bereich wird aufgrund von Fallsteigerungen mit einer Mehrausgabe in Höhe von **80 T Euro** gerechnet.

Eingliederungshilfe in Einrichtungen

Aufgrund von Sterbefällen ergab sich im ersten Quartal eine Minderausgabe. Die Entwicklung im Jahresverlauf muss abgewartet werden. Zum jetzigen Zeitpunkt könnte mit einer Ausgabenreduzierung von insgesamt ca. **98 T Euro** gerechnet werden.

Übergeleitete Unterhaltsansprüche gg. bürgerlich-rechtliche Unterhaltsverpflichtete

Die zu erwartende Einnahmehöhe ist in diesem Bereich sehr schwer vorhersehbar, da sie im wesentlichen von der Leistungsfähigkeit der Unterhaltspflichtigen abhängt. Derzeit wird erwartet, dass die Einnahmen um ca. **95 T Euro** höher ausfallen werden als zunächst geplant.

Rückzahlung gewährter Hilfen

Da in einem Fall ein gewährtes Darlehen bereits in diesem Jahr komplett zurückgezahlt wurde, kann von einer Mehreinnahme in Höhe von **33 T Euro** ausgegangen werden.

Krankenhilfe i. V. m. Hilfe zur Pflege in Einrichtungen

Entsprechend der derzeitigen Haushaltssituation zeichnet sich eine zu erwartende Minderausgabe von insgesamt **180 T Euro** ab.

E 4 Produktgruppe 50.04 Wohnungswesen

Die prognostizierte Haushaltsverbesserung in diesem Bereich in Höhe von **56 T Euro** liegt in erster Linie an einer erhöhten Einnahme von Verwaltungsgebühren. Darüber hinaus konnten die Einnahmen von Verwaltungskostenbeiträgen gesteigert werden.

Budget: 51 Familie und Jugend

VERWALTUNGSHAUSHALT

Produktgruppen + Einnahmen und Ausgaben auf Budgetebene	erfolgt plan- mäßig	Saldo		
		Erl.	Verbesserung	Verschlechterung
			T€	T€
1	2	3	4	5
00 Fachbereichsebene	X			
01 Förderung v. jungen Menschen u. ihren Familien	X	E 1		
02 Familienerg. Hilfen f. jg. Menschen u. ihren Familien	X			
03 Verwaltung, ambul. Hilfen, Kindertagesbetreuung	X			
04 Erz. Hilfen f. jg. Menschen u. ihre Familien sowie Familienpflege / Beratung / Unterstützung in bes. Problemlagen	X			
Summen			0	0

E 1 Jugendtreffpunkt „Loch Ness“ in Bönen

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 19.06.2006 beschlossen, dass der Kinder- und Jugendtreffpunkt „Loch Ness“ am Übergangsort Bahnhofstraße 132 in Bönen im Herbst 2006 die Kinder- und Jugendarbeit aufnehmen soll. Die voraussichtlichen Gesamtkosten für die Nutzbarmachung belaufen sich auf 60.000 Euro. Die Finanzierung soll teilweise durch die für 2006 veranschlagten Planungskosten für den Neubau des Kinder- und Jugendtreffpunktes erfolgen. Darüber hinaus soll die Finanzierung durch Umschichtungen im Bereich der Bauunterhaltung für andere Jugendtreffs gesichert werden.

Budget: 53 Gesundheit und Verbraucherschutz

VERWALTUNGSHAUSHALT

Produktgruppen + Einnahmen und Ausgaben auf Budgetebene 1	erfolgt plan- mäßig 2	Saldo		
		Erl.	Verbesserung	Verschlechterung
			T€	T€
		3	4	5
00 Fachbereichsebene	X			
01 Gesundheitsschutz und Umweltmedizin	X			
02 Kinder-, Jugend-, und Amtsärztlicher Dienst		E 1	20	
03 Zahngesundheit	X			
04 Psychosoziale und sozialpsychiatrische Gesundheitshilfen	X			
05 Gesundheitsangebote der Gesundheitshäuser	X			
06 Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung		E 2	5	30
Summen			25	30

E 1 5000.1000 (E) Gebühren aus amtsärztlichen + 20.000
Euro
Untersuchungen

Die Anzahl der Untersuchungen für die ARGE sind bisher konstant geblieben. Diese Entwicklung war nach halbjährlicher Erfahrung in 2005 zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nicht absehbar.

E 2 1180.1100 (E) Entgelte für Unterbringung von + 5.000 Eu-
ro
Hautieren

Die Mehreinnahme ergibt sich durch nicht vorhersehbare verstärkte Unterbringungen aus dem Bereich der Stadt Hamm.

ro 1180.1620 (E) Erstattung Tierheimkosten der - 30.000 Eu-
Gemeinden

Durch reduzierte Personalkosten verringert sich der von den Gemeinden zu erstattende Betrag entsprechend.

Budget: 60 Bauen

VERWALTUNGSHAUSHALT

Produktgruppen + Einnahmen und Ausgaben auf Budgetebene	erfolgt plan- mäßig	Saldo		
		Erl.	Verbesserung	Verschlechterung
			T€	T€
1	2	3	4	5
00 Fachbereichsebene	X			
01 Untere Bauaufsicht		E 1		130
02 Unterhaltung, Neubau und Erweiterung v. Verkehrsflächen	X			
03 Hochbaumaßnahmen an Dienstgebäuden	X			
Summen			0	130

E 1 6130.1000 (E) Baugebühren -
120.000 Euro
6130.1002 (E) Bodenverkehrsgebühren - 10.000 Euro

Die Verschlechterung der Einnahmesituation resultiert aus einem derzeitigen Rückgang der Bautätigkeit im Zuständigkeitsbereich der unteren Bauaufsicht.

Budget: 62 Vermessung und Kataster

VERWALTUNGSHAUSHALT

Produktgruppen + Einnahmen und Ausgaben auf Budgetebene	erfolgt plan- mäßig	Saldo		
		Erl.	Verbesserung	Verschlechterung
			T€	T€
1	2	3	4	5
00 Fachbereichsebene	X			
01 Geodaten-Information und Verwaltung	X			
02 Vermessung und Raumbezug		E 1	80	
03 Katasterführung		E 2	70	
04 Katastererneuerung	X			
05 Geschäftsstelle des Gutachterausschusses	X			
Summen			150	0

E 1 6110.1001 (E) Katastergebühren SG 62.2 + 80.000,00 Euro

Die Organisation der Rechnungserstellung wurde umgestellt. Dadurch, dass der Zeitpunkt der Rechnungsstellung innerhalb des Verfahrens nunmehr vorgezogen wird, ist es einmalig zu dieser Einnahmeverbesserung gekommen.

E 2 6110.1002 (E) Katastergebühren SG 62.3 + 70.000,00 Euro

Die Einnahmeverbesserung resultiert aus der Übernahme einiger umfangreicher gebührenintensiver Vermessungen.

Budget: 69 Natur und Umwelt

VERWALTUNGSHAUSHALT

Produktgruppen + Einnahmen und Ausgaben auf Budgetebene	erfolgt plan- mäßig	Saldo		
		Erl.	Verbesserung	Verschlechterung
			T€	T€
1	2	3	4	5
00 Fachbereichsebene	X			
01 Landschaft	X	E 1		
02 Wasser und Boden	X			
03 Gewerblicher Umweltschutz und Abfallwirtschaft	X	E 2		
Summen			0	0

Erläuterung 1:

Innerhalb der Produktgruppe 69.01 „Landschaft“ kommt es bei Zuwendungen durch die Bezirksregierung Arnsberg sowohl im Verwaltungs- als auch im Vermögenshaushalt derzeit zu Mindereinnahmen in Höhe von 60.000 Euro bzw. 262.000 Euro. Durch entsprechende Ausgabenreduzierung führen die Mindereinnahmen nicht zu einer Verschlechterung der Haushaltssituation. Maßnahmen, die bereits begonnen wurden, können durch Ersatzgelder finanziert werden.

Erläuterung 2:

Im Bereich der Abfallwirtschaft wurde zwischenzeitlich bei der Haushaltsstelle „7221.1100 Abfallsorgungsgebühren der Gemeinden“ mit einer Mehreinnahme i. H. v. 109.000 Euro für das laufende Haushaltsjahr gerechnet. Diese Erwartung kann aufgrund der nunmehr erfolgten Gebührenabrechnung der Jahre 2004 und 2005 nicht mehr aufrecht erhalten werden. Durch geringere Abfallmengen entstanden auf Seiten der Kommunen Überzahlungen, die gebührenmindernd mit den Abfallgebühren für 2006 verrechnet wurden. Aktuell kann nur noch mit einer minimalen Einnahmeüberschreitung in Höhe von ca. 9.000 Euro gerechnet werden. Diese ggfls. zu erzielende Mehreinnahme steht aufgrund von Zweckbindungsvermerken einer Defizitreduzierung des Gesamthaushaltes nicht zur Verfügung.